
Allgemein

- Vorwort von Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Grundsätzlich sind alle Ihre Fragen mit Beschlüssen aus Bezirksvertretung und/oder Rat hinterlegt, in der Regel sogar einstimmig. Dabei liegen die Beschlussrechte bei den Mandatsträgern; die Durchführung und Überwachung jedoch u.a. bei Verwaltung, Behörden und Polizei. (z.B. Frage 3). Bei etlichen Ihrer Fragen liegen die Zuständigkeiten auch nicht bei der Stadt, sondern bei Bezirksregierung, Land, Bund, Polizei, dem Markt, den Bürgern, den Nachbargemeinden etc. (z.B. Fragen 1, 4, 8, 10, 11, 12, 15, 16, 17, 18(?), 19). Wir wissen, dass wir in der Stadt kein Beschluss-, sondern ein Umsetzungsproblem haben. Häufig erschöpfen sich die politischen Möglichkeiten im Nachfragen und Nachhaken. Jede Forderung ist natürlich mit Ressourcen und deren zur Verfügung stellen verbunden, wie Personal und/oder Finanzen. Wir wollen Ihnen hier auch keine leeren Versprechungen präsentieren, sondern im Folgenden auf einzelne Fragen eingehen, wo wir die Schwerpunkte in der kommenden Wahlperiode sehen.

Frage No.1

Der 4. Bauabschnitt der Nord-Süd-Stadtbahn über Rondorf nach Meschenich ist aus Gründen der Förderung zunächst nur bis Meschenich Nord geplant.

Welche Maßnahmen streben Sie an, um die Fortführung bis Meschenich Süd zu realisieren und bis zu welchem Zeitpunkt könnte dadurch die andere Hälfte Meschenichs besser an den ÖPNV angebunden werden.

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Die Anbindung von Meschenich-Süd ist mir ein wichtiges Anliegen. Im Mai 2020 wurde seitens der Stadtverwaltung ein Generalplaner betraut. Eine Umweltverträglichkeitsstudie sowie der landschaftspflegerische Begleitplan befinden sich aktuell in Arbeit. Im Jahr 2021 werden die politischen Gremien über die Auswahl der Vorzugsvarianten entscheiden können

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Ich bedauere, dass die Verwaltung die Planungen für das Neubauprojekt Rondorf-Nordwest nicht von vornherein so aufgesetzt hat, dass der Bau der Stadtbahnbindung vor Bezug des Neubaugebietes abgeschlossen werden kann und eine Verlängerung der Strecke bislang nicht verlässlich auf der Agenda steht! Ich werde mich entschieden dafür einsetzen, dass die Stadtbahn in jedem Fall bis Meschenich-Süd weitergeführt wird. Die Verlängerung der Nord-Süd-Stadtbahn ist ein Projekt, das die SPD im Stadtrat bereits im Sommer 2018 beantragt hatte, dort jedoch von Frau Reker, sowie CDU, Grünen und FDP abgelehnt wurde. Die KölnSPD hat es in ihrem Kommunalwahlprogramm erneut ausdrücklich mit Priorität versehen. Eine Verlängerung in Richtung Brühl, Fischenich oder Kalscheuren in Verbindung mit einem Umsteigebahnhof der Deutschen Bahn begrüße ich sehr, um die Anbindung von Meschenich zu verbessern. Insgesamt habe ich mir zum Ziel gesetzt, den Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur in Köln deutlich schneller voranzutreiben. Die von der Verwaltung vorgelegte ÖPNV-Roadmap ist wenig ambitioniert und nicht zukunftsweisend. Hier werde ich schnellstmöglich eine kurz-, mittel- und langfristige Perspektive unter Einbindung der Umlandkommunen entwickeln, wie unser Stadtbahnnetz wachsen wird. Für eine zielgerichtete Planung und Umsetzung müssen die entsprechenden Voraussetzungen einschließlich der notwendigen personellen und finanziellen bedarfsgerecht sichergestellt werden. Die Projekte müssen im Rahmen einer zukunftsweisenden Gesamtverkehrsplanung, die wir für Köln dringend brauchen, priorisiert und verlässlich terminiert werden. Für neue Stadtbahnprojekte müssen heute erfolgreich die Weichen gestellt werden. Dafür werde ich sorgen!

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

In der kommenden Wahlperiode wird die Nord-Süd-Stadtbahn bis Meschenich Nord nicht fertig werden. Unser Bestreben ist zunächst, dieses Ziel mit Hochdruck zu erreichen. Für die Fortführung bis Meschenich Süd ist u.a. der Bund und das Land mit zuständig als Fördermittelgeber. Das Ziel: Meschenich Süd werden wir immer wieder mit fordern.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Einer der zentralen Hebel für die Entwicklung hin zur klimaneutralen Stadt ist eine bessere ÖPNV- und Radverkehrsstruktur auch im Kölner Süden und für Meschenich. Diese Verbesserung ist ein zentrales grünes Anliegen und aufgrund der Anbindung an Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch ein wichtiger Hebel für mehr Teilhabe, für bildungs- und sozialpolitische Fragen. In unserem Wahlprogramm für den Bezirk Rodenkirchen heißt es: „Die neue Stadtbahn (Linie 5) soll über Rondorf, Meschenich-Süd bis Brühl weitergeführt und die Buslinie 132 dabei als kurzfristige Zwischenlösung bis Brühl verlängert werden.“ Das heißt, die Forderung der Grünen auf Bezirksebene für die bessere Anbindung Meschenichs an das ÖPNV-Netz geht weiter als der Ratsbeschluss von September 2018. Für Meschenich ist Brühl ein ebenso wichtiges Fahrziel wie die Innenstadt. Wir wollen auch mit der besseren Anbindung nicht warten bis ein so komplexes Vorhaben wie die Nord-Südbahn realisiert ist, sondern zwischenzeitlich andere Maßnahmen ergreifen. Neben der Anbindung nach Süden sagen wir in unserem Wahlprogramm auch zu, uns für die Anbindung über schnelle Trassen Richtung Zollstock einzusetzen: „Um den Stadtteil Meschenich besser anzubinden, setzen wir uns für eine neue ganztägige Busverbindung von Meschenich, über den Bahnhof Hürth-Kalscheuren und Zollstock (Zollstockbad und Gesamtschule Zollstock), in die Innenstadt ein.“ Der Beginn der Bauausführung der Nord-Südbahn ist für 2024 angedacht. Dies ist m. E. eine realistische Planung, die kaum weiter beschleunigt werden kann. Wesentlich ist, dass der zweite Bauabschnitt in der ersten Planungsphase unmittelbar mitgedacht wird. Dafür würde ich mich im Rahmen der Arbeit in der Bezirksvertretung und im Rat einsetzen.

In unserem Wahlprogramm für den Bezirk Rodenkirchen heißt es: "Die neue Stadtbahn (Linie 5) soll über Rondorf, Meschenich-Süd bis Brühl weitergeführt und die Buslinie 132 dabei als Zwischenlösung bis Brühl verlängert werden."

Das heißt, die Forderung der Grünen auf Bezirksebene für eine bessere Anbindung Meschenichs an das ÖPNV-Netz geht bereits weiter als der Ratsbeschluss September 2018.

Der Beginn der Bauausführung der Nord-Südbahn ist für 2024 angedacht. Dies ist m.E. eine realistische Planung, die kaum weiter beschleunigt werden kann. Wesentlich ist, dass der 2. Bauabschnitt in der 1. Planungsphase unmittelbar mitgedacht wird. Dafür würde ich mich im Rahmen der Arbeit in der Bezirksvertretung und im Rat einsetzen.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Nach Forderung der FDP soll die Nord-Süd-Stadtbahn direkt bis Meschenich Süd durchgeführt werden. Eine Verkürzung und somit künstliche Unterteilung von Meschenich ist nicht sinnvoll.

-Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Der Ausbau des ÖPNV nach Meschenich hat für uns eine hohe Priorität. Der Ausbau der Stadtbahn darf nicht nur in der Innenstadt erfolgen. Leider setzen Verwaltung und große Teile der Politik beim Ausbau des ÖPNV auf einen überflüssigen Tunnel in der Innenstadt. Das bindet Kapazitäten beim Personal und bei den Finanzen. Neben Meschenich warten weitere Stadtteile (Neubrück, Widderdorf usw.) auf einen Stadtbahnanschluss. Diese Maßnahmen werden wir als Opposition immer wieder einfordern. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir als Opposition keine festen Zusagen in Punkto Fertigstellungstermin machen können. Bezüglich der Förderfähigkeit muss kreativ gedacht werden. Es müssen zukünftige Bauvorhaben und die daraus resultierende steigende Zahl an Fahrgästen eingerechnet werden. Der Bund ändert derzeit die Förderbedingungen dahingehend, dass wichtige Projekte auch mit einem Nutzen-Kosten-Faktor unter 1 gefördert werden können. Damit gibt es womöglich neue Optionen, die wir für die Anbindung Meschenichs nutzen wollen. Falls keine Förderung eingeworben werden kann, dann muss die Anbindung von Meschenich aus Eigenmitteln der Stadt Köln realisiert werden, so wie in Ossendorf geschehen.

Frage No.2

Obwohl feststeht, dass mehr als fünfzig Immobilien an der Brühler Landstr zu starken Lärmimmissionen ausgesetzt sind, ist nur ein nächtliches LKW-Durchfahrverbot von der Stadtverwaltung umgesetzt worden. Die politischen Beschlüsse lauten auf ein Lärmimmissionen ausgesetzt sind, ist nur ein nächtliches LKW-Durchfahrverbot von der Stadtverwaltung umgesetzt worden. Die politischen Beschlüsse lauten auf ein ganztägiges Durchfahrverbot. Inzwischen kann die L150 als Ausweichstrecke dienen, da die zusätzliche Fahrspur auch im letzten Teil Mitte Juli fertig gestellt wurde.

Was werden Sie tun, damit die vielen Beschlüsse der Politik hierzu nun endlich zeitnah in der Verwaltung umgesetzt werden und ein ganztägiges Durchfahrverbot installiert wird?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Die Verwaltung wird den Beschluss der Bezirksvertretung auf ein Tagfahrverbot in meiner zweiten Amtszeit umgesetzt. Die Durchführung des Verbotes ist durch die baldige Vollendung der Ortsumgehung Meschenich und die erfolgte Ertüchtigung der L150 geboten.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Wir erleben es in Köln zu oft, dass politische Beschlüsse von der Verwaltung nicht oder nur unzureichend umgesetzt werden. Dies führt zu dem Stillstand, den wir aktuell überall in der Stadt erleben. Das ist eine Frage der Führung und der Führungskultur. Und ich trete dafür an, den Stillstand zu beenden. Und Entscheidungen, die den Gesundheitsschutz der Kölnerinnen und Kölner betreffen, müssen dabei ohnehin besondere Priorität haben

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Hier werden wir noch einmal die Verwaltung mit Nachdruck um Umsetzung bitten.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Darauf hinzuwirken, dass bereits gefasste Beschlüsse auch umgesetzt werden, ist eine zentrale Aufgabe der Vertreter*innen in Rat und BV. Das gilt selbstverständlich auch für die Umsetzung von Beschlüssen zu einem ganztägigen Durchfahrverbot für LKW. Bislang bin ich weder Mitglied der Bezirksvertretung noch des Rates der Stadt Köln. Zu Fragen der Zuständigkeit, zum Sachstand, den Verfahrenswegen in diesem Kontext muss und werde ich mich als Mitglied von Rat oder BV selbstverständlich einarbeiten und einbringen.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Hier ist nur möglich, die Verwaltung stets an die Beschlüsse der Politik zu erinnern und entsprechende Sachstandsanfrage zu stellen.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Wir hoffen, dass wir nach der Kommunalwahl im September noch stärker werden, um dann in etwaigen Koalitionsgesprächen, ihre Forderung nach zeitnaher Umsetzung der Beschlüsse, mit Nachdruck zu thematisieren.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Güter gehören auf die Schiene und nur als absolute Ausnahme auf die Straße. LKW Durchfahrten in Wohngebieten müssen unterbunden werden. Wir kritisieren, dass die Verwaltung die Beschlüsse zum Durchfahrverbot nicht umsetzt. Das liegt zum einen am fehlenden Fachpersonal in der Verkehrsplanung und zum anderen an der zu starken Zentrierung auf die Innenstadt. Wir wollen für ausreichend Personal in der Fachverwaltung sorgen und den Fokus mehr auf die äußeren Bezirke lenken. DIE LINKE will, dass man in jedem Veedel gut leben kann und setzt auf die Außenbezirke eine hohe Priorität.

Frage No.3

In zunehmenden Maßen gibt es Ruhestörungen und auch Verkehrsgefährdungen durch zu schnelle Kfz auch in den Wohnstraßen (Tempo 30-Zonen) und sogar den Spielstraßen. Die örtliche Polizei hat keine Kapazitäten, um hier zu kontrollieren.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Verstöße verhindern?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Hier handelt es sich um ein Kontrolldefizit seitens der Polizei NRW und nicht um ein Regelungsdefizit seitens der Stadt Köln, die nur für den ruhenden Verkehr zuständig ist. Ich werde mich bei der Polizei für mehr Kontrollen einsetzen.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Ich setze mich dafür ein, mehr Polizei und Ordnungsdienst in unsere Veedel zu bringen. Dabei geht es mir insbesondere um die Veedel, die einen besonderen Bedarf haben – so wie Meschenich. Als Polizeibeamter weiß ich, dass Regeln immer nur so gut sind, wie sie auch kontrolliert werden können. Ich werde es in meiner Stadtverwaltung nicht akzeptieren, dass andauernde und bekannte Regelverstöße, wie sie in Meschenich verkommen, dauerhaft keinerlei Konsequenzen nach sich ziehen – insbesondere wo es um die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner geht.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

(s. Vorwort oben) dieses Thema gibt es mittlerweile in allen Stadtteilen. Ein Patentrezept gibt es nicht.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

In der Engeldorfer Straße wurde ja bereits in der 30er-Zone eine mobile Messstation aufgestellt. Diese könnte m.E. auch in anderen betroffenen Straßen aufgestellt werden.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Lärmverstöße und Verkehrsgefährdungen mündiger, aber rücksichtloser Bürger lassen sich per se nicht verhindern. Die Verwaltung (Ordnungsamt, Polizei) und Justiz vermögen bekannte Verstöße nur ahnden. Hierfür sind diese auf Anzeigen Dritter und eigene Wahrnehmungen angewiesen.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Wir würden uns den Einsatz mobiler Blitzer wünschen, die jedoch Mangelware sind. Hier muss dringend nachgebessert werden.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Wir setzen uns dafür ein, dass Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit in der Stadt wird. Tempo 50 soll zur Ausnahme werden. Bei der Einführung von Tempo 30 müssen aber auch bauliche Veränderungen her. Kontrollen von Polizei und Ordnungsamt reichen nicht aus und die Sicherheit und Lebensqualität zu gewährleisten. Fahrbahnen müssen verschwenkt oder verschmälert werden. Überbreite Fahrbahnen laden zum Rasen ein, schmale Fahrbahnen erzwingen niedrigere, angemessene Geschwindigkeiten. Der gewonnene Raum muss verwendet werden, um die Sicherheit und die Aufenthaltsqualität für den Fußverkehr und auch den Radverkehr zu verbessern.

Frage No.4

Es steht fest, dass eine 24hx7d öffentliche Polizeipräsenz die Situation in sozialen Brennpunkten verbessert. Fehlendes Personal und Material sorgt oft für lange Reaktionszeiten, bis die Beamten vor Ort sind. Da die Kriminalstatistik für in Meschenich begangene Delikte keine Erhöhung vorweist, stockt man deshalb nicht auf.

Warum fließt nicht die Verbesserung der Gesamtsituation am Kölnberg in die Planung der Kapazitäten ein? Was werden Sie tun, um eine dauernde Polizeipräsenz auf den Straßen von Meschenich rund um die Uhr zu gewährleisten?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Ich halte eine hohe Polizeipräsenz für sinnvoll und werde mich beim zuständigen Innenministerium dafür einsetzen

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Wir brauchen mehr Präsenz der Behörden auf der Straße: Polizei, Ordnungsdienst und Sozialarbeiter. Die eingesetzten Polizisten und Ordnungsdienst-Mitarbeiter*innen müssen sich vor Ort auskennen, Teil der Identität des Veedels werden. So wie früher der klassische Veedelsschutzmann. Wir erleben aber gerade das Gegenteil: Anstatt den Ordnungsdienst in die Veedel zu schicken, wird er in Junkersdorf zentralisiert. Das ist ein großer Fehler, den ich unmittelbar rückgängig machen werde. Der Ordnungsdienst gehört in unsere Veedel. Und auch der NRW-Innenminister von der CDU hat gerade noch mehr Polizist*innen aus unseren Veedeln abgezogen. Das werde ich nicht hinnehmen.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

zuständig das Land und die Polizei. Wir fordern einen Veedelpolizisten.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen: Cursiefen:

Die Beamten in der Wache in Meschenich sind sehr engagiert und der Wachdienst in der Siedlung trägt zur Sicherheit maßgeblich bei. Dies spiegelt sich offenbar in der Kriminalstatistik. Eine Lösung der sogenannten Gesamtsituation ist durch eine 24-Stunden Präsenz der Polizei nicht zu erreichen. Ich persönlich halte eine 24-Stunden Polizeipräsenz nicht für wünschenswert oder förderlich.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Nach Rücksprache mit der Polizei weist Meschenich keine übermäßige Anzahl von Straftaten im Vergleich zu anderen Stadtteilen auf. Im Übrigen wird der Stadtteil durch regelmäßige Streifenfahrten durchquert, so dass die Polizei nicht erst z.B. von Rodenkirchen zu Einsätzen anfahren muss.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Wir fordern vom Land NRW eine deutliche Aufstockung der Polizei in den Stadtbezirken. Wir wollen das Prinzip des sogenannten „Dorfpolizisten“ wiederhaben. Mit langen Stehzeiten und festen Zuständigkeiten. Seitens der Stadt Köln muss personell ebenfalls nachgebessert werden. Ordnungsamt und Polizei müssen stärker miteinander verzahnt werden. Es kann nicht sein, dass sogenannte „Mülldetektive“, die noch vor wenigen Jahren z.B. am Kölnberg vor Ort im Einsatz waren und Täter zusammen mit dem Ordnungsamt oder der Polizei „dingfest“ machen durften, heute nur noch in unseren Schulen Präventionsarbeit zur Müllvermeidung leisten sollen.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalitätsprävention. Wir setzen uns für mehr Sozialarbeit am Kölnberg ein, nicht für mehr Polizei. Das ist ohnehin eine Aufgabe des Landes und liegt somit nicht im Einflussbereich der Kommunalpolitik.

Frage No.5

Die Zaunhofstr. wird zunehmend als Durchgangsstraße genutzt und führt den Verkehr entlang des Schulweges für viele Kinder durch ein Nadelöhr. Mit der Realisierung der ursprünglich als L92n geplanten Straße (Verlängerung Kiesgrubenweg zur Brühler Landstr.) würde auch die Belastung der Anwohner deutlich abnehmen.

Werden Sie sich nachhaltig für eine schnelle Umsetzung dieser Verkehrsverbindung im Rahmen der Erschließung von Rondorf Nord-West einsetzen? Wann wird Ihrer Meinung nach mit einer Realisierung zu rechnen sein?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Die erforderlichen Beschlüsse wurden von den zuständigen Gremien unlängst gefasst. Mit der Realisierung ist frühestens Ende 2022 zu rechnen.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Sie haben völlig Recht: Die Zaunhofstraße ist als Durchgangsstraße völlig ungeeignet. Sie führt mitten ins Veedel und stellt in der Tat eine Gefahr für die Kinder auf dem Weg zur Grundschule dar. Die neue Entflechtungsstraße für Rondorf-Nord West, bei der die Variantenentscheidung zwischenzeitlich beschlossen ist, wird nicht nur den Rondorfer Ortskern von Durchgangsverkehr entlasten, sondern zusätzlich auch Straßen in Meschenich und Hauptverkehrsstraßen im Kölner Süden. Gerade auch für die Zaunhofstraße wird dies entlastende Wirkung entfalten und der Verkehr an den Engstellen im Ortseingang von Meschenich reduziert. Teil der beschlossenen Variante ist es auch, den Kiesgrubenweg (L150) über einen Stich an die neue Entflechtungsstraße anzuschließen. Für die schnellstmögliche Realisierung der Entflechtungsstraße werde ich mich einsetzen! Und: endlich geht es voran mit der lang ersehnten Ortsumgehung Meschenich, für die sich die SPD viele Jahre eingesetzt hat. Anfang des Jahres ist dort erste Spatenstich erfolgt und mit Fertigstellung im Jahr 2023 werden 15.000 Autos im Jahr weniger durch Meschenich fahren. Darüber hinaus erhoffe ich mir aber auch eine verkehrliche Entlastung von der Realisierung der Rheinspange, also der Verlängerung der A553 über den Rhein. Dies wird Meschenich insgesamt von Durchgangsverkehr befreien. Auch das ist ein Grund, warum ich mich seit langer Zeit als Landtagsabgeordneter hierfür einsetze und dies auch weiterhin tun werde.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Die Beschlüsse hierzu sind gefasst. Eine Realisierung ist frühesten Ende 2022/2023 zu erwarten.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Die Bödingerstraße zwischen Rondorf und Meschenich sollte perspektivisch, nach Fertigstellung der Entflechtungsstraße, ausschließlich für den Fahrrad- und Busverkehr freigegeben werden. In diesen Zusammenhang gehört selbstverständlich auch die Entlastung der Zaunhofstraße.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Es gilt die Bürger vor Ort von Lärm und sonstigen Verkehrsbelastungen nachhaltig und zeitnah zu entlasten.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Schnell und gut muss die Devise sein. Rondorf Nord-West muss zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern geplant werden und nicht gegen sie, dann gibt es auch weniger Widerstände zu befürchten. Leider haben die politischen Parteien oft große Angst vor zu viel, und vor allem frühzeitiger Bürgerbeteiligung, was am Ende zwangsläufig zu Verzögerungen und Einsprüchen führt.

- **Herr Gernot Schubert, Die Linke:**

Ja, wir haben uns im Verkehrsausschuss für die Anbindung von Rondorf Nordwest über die L92n ausgesprochen. Realisiert wird das Vorhaben von „Straßen NRW“. Von Seiten der Kommune kann daher kein belastbarer Fertigstellungstermin benannt werden.

Frage No.6

Die Radwegverbindungen in die umliegenden Gemeinden sind nach wie vor unzureichend. Obwohl die Feldwege angeblich ertüchtigt wurden, sind diese weit davon entfernt, als schnelle Verbindung mit einem normalen Fahrrad zu dienen. Seit der letzten Kommunalwahl hat sich hier nichts getan.

Wie wollen Sie erreichen, dass dieser jahrelange Missstand kurzfristig beseitigt wird, damit auch Schulkinder die Wege gefahrlos und zügig nutzen können? Gibt es neben den problematischen Grundstücksankäufen andere rechtliche Mittel und wann werden diese endlich ausgeschöpft?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Es ist mein tägliches Brot, auf jahrzehntelange Missstände hingewiesen zu werden. Realistischerweise sind sie nicht kurzfristig zu beseitigen. Die Umsetzung der L92n wird bei diesem Thema hoffentlich Verbesserungen schaffen. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit in der Region wird die Verwaltung in meiner zweiten Amtszeit Kontakt zu den Verwaltungen der Umlandgemeinden aufnehmen, um die Radwege zu verbessern bzw. zügig gemeinsam zu bauen. Dabei stehen uns die üblichen Instrumente des Rechtsstaats zur Verfügung. Klar ist: Von einer besseren Vernetzung profitieren beide Seiten! Zudem werde ich mich im Zuge der Regionalplanung für weitere Radschnellwege in unserer Region stark machen und dabei auch den Runden Tisch zum Thema Radverkehr in Rodenkirchen einbinden.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Das Fahrrad ist ein wichtiger Bestandteil der Verkehrswende: Es ist umweltfreundlich, braucht wenig Platz und ist gut für die Gesundheit. Deshalb steigen immer mehr Kölnerinnen und Kölner aufs Fahrrad um. Das finde ich gut! Aber die Fahrradwege in Köln sind heute immer noch Flickwerk. Wo Platz war, wurden sie eben hingebaut. An vielen Orten vermisst man sie aber schmerzlich. Und von einem Gesamtkonzept ist nichts zu spüren. Ich werde ein stadtweites Netz von schnellen Radwegen schaffen. Damit sollen alle Veedel schnell miteinander verbunden werden. Meschenich würde dabei ganz konkret von einem Radschnellweg von Brühl in die Kölner Innenstadt profitieren. Damit kommt man mit dem Rad schnell in Nachbarveedel wie Rondorf, aber auch zum Bahnhof nach Brühl oder eben in die Innenstadt. Ich werde hier Druck machen! Es kann nicht sein, dass es zehn Jahre dauert, bis ein Radweg gebaut wird. Und das heißt auch, dass wir uns davon verabschieden müssen, auf Bund und Land beim Ausbau der Radschnellwege zu warten. Wir müssen selber aktiv werden!

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Das Thema begleitet uns in der Tat seit Jahren. Mögliche Verbesserungen sehen wir ab dem Zeitpunkt wo, die L92n (s. Frage 6) realisiert ist. Welche anderen rechtlichen Mitteln meinen Sie? Wir leben in einem Rechtsstaat und dazu stehen wir.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Die Verbesserung der Bedingungen für den Radverkehr ist ein zentrales Anliegen der Grünen in der BV und im Rat. Wir fordern ein Radwegekonzept für den ganzen Bezirk, ein Radschnellwegenetz, um die südlichen Kölner Stadtteile mit den angrenzenden Kölner Stadtbezirken und Städten (Hürth, Brühl, Wesseling) zu verbinden und eine Sanierung des bestehenden Radwegenetzes im Kölner Süden.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Die Missstände sind dem Fahrradbeauftragten der Stadt Köln als Teil der Verwaltung bekannt. Für die Errichtung weiterer Radwege bedarf es der Einhaltung entsprechender Regularien, um etwaige Gefahrenlagen für Radfahrer zu vermeiden. Für die Prüfung rechtlicher Wege und Mittel ist, bei allem politischen Willen, letztlich die Fachverwaltung zuständig.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Wir FREIEN WÄHLER werden dieses Thema nach der Kommunalwahl im Rat und in der BV-Rodenkirchen aufgreifen. Wir setzen uns für sichere und separate Radwege ein.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Die Situation für Radfahrende in Köln ist oft sehr schlecht. Dies gilt auch für Schüler*innen. Wir haben im Verkehrsausschuss immer wieder eingefordert, dass die Stadt ihrer Verpflichtung nachkommt, die Schulwegeplanung vorzulegen. Hier arbeitet die Verwaltung zu langsam. Wir werden auch in der nächsten Wahlperiode beim Thema Schulwegeplanung hartnäckig bleiben. Wo man die Verkehrsflächen nicht erweitern kann, dort ist eine Neuverteilung der Flächen zwischen Auto, Rad und Fußverkehr notwendig. Je nach der lokalen Situation kann es sinnvoll sein, die Autospuren zu verschmälern, straßenbegleitende Parkplätze umzuwidmen oder auch Straßen zur Einbahnstraße zu machen mit einer Reduzierung der Autospuren.

Frage No.7

Der Sportplatz des SCM sollte 2017 erneuert werden, was aber bisher nicht geschehen ist. Im Hinblick auf die Integrationsarbeit dieses Vereines und der nach Köln-Süd abwandernden Sportler, ist hier dringenderer Handlungsbedarf geboten als in anderen Stadtteilen.

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass der Sportplatz endlich wieder attraktiv für die örtlichen Kinder und Jugendlichen wird? Wann ist mit der Realisierung zu rechnen?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

In Politik und Verwaltung besteht ein Konsens darin, dem SCM Zukunftsperspektiven zu geben. Die Eröffnung des neuen Sportheims im Frühjahr 2020 war da ein toller Erfolg. Der Bau eines Kunstrasenplatzes ist in der Priorisierungsliste des Sportausschusses der Stadt Köln aufgeführt und wird entsprechend den zur Verfügung stehenden Mitteln umgesetzt.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Die SPD-Fraktion hat – ebenso wie die anderen Fraktionen im Rat - die Verwaltung schon im Oktober 2018 mit der Generalsanierung dieses Platzes im Umfang von mehr als 900.000€ beauftragt. Es gibt auch bereits eine Fördermittelbewilligung der Bezirksregierung aus dem Förderprogramm „Investitionspakt 2017 - Soziale Integration im Quartier 2017“. Diese bewilligten Gelder müssen spätestens 2021 von der Stadtverwaltung verwendet/investiert und dem Land gegenüber nachgewiesen werden.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Der Bau des neuen Sportplatzes für den SC Meschenich wird seit Jahren von allen Fraktionen priorisiert und konnte im Frühjahr mit der Fertigstellung des neuen Sportheims an der Zaunhofstraße ein erstes Erfolgserlebnis erzielen. Der Bau des in Aussicht gestellten Kunstrasenplatzes, wird mittels der vorhandenen Beschlüsse und der vorhandenen Priorisierungsliste des Sportausschusses der Stadt Köln mit Nachdruck unterstützt und weiterhin forciert.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Das Vereinsheim des SC Meschenich wurde erneuert und eine erforderliche Trocknungsanlage zuletzt aus „bezirksorientierten Mitteln“ durch die BV unterstützt. Baubeginn für die Renovierung des Sportplatzes ist im Oktober. Die Fertigstellung ist für das kommende Jahr vorgesehen.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Die FDP setzt sich seit Jahr und Tag für einen adäquaten Sportplatz vor Ort ein. Gerade für Meschenich ist der dringende Handlungsbedarf ein auch weiterhin anzugehendes Thema.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Wir sehen eine sehr starke Ungleichbehandlung der Sportförderung im Bezirk. So haben wir als einzige politische Gruppierung, noch vor wenigen Monaten die überhöhte Beihilfe zum Bau einer Traglufthalle für den Tennisclub Rodenkirchen e.V. stark kritisiert. Der Eindruck von „Kungelei und Hinterzimmer-Politik“ drängt sich hier förmlich auf. Auch wurde die städtische Beihilfe von fast 615.000 Euro nicht an konkrete soziale Auflagen zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund geknüpft. Wir werden deshalb schon bald nach der Kommunalwahl beantragen, dass die BV mit einer vergleichbaren Summe zwischen 615.000 - 700.000 Euro ihren Beitrag dazu leisten wird, die Erneuerung des Sportplatzes des SCM voranzutreiben.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Der Sportplatz des SCM sollte 2017 erneuert werden, was aber bisher nicht geschehen ist. Mit Blick auf die Integrationsarbeit dieses Vereines und der nach Köln-Süd abwandernden Sportler ist hier dringenderer Handlungsbedarf geboten als in anderen Stadtteilen. Im Rahmen des Investitionspakts „Soziale Integration im Quartier 2017“, wurde für die Generalsanierung der Sportanlage Zaunhofstraße ein Förderantrag gestellt, der von der Bezirksregierung bewilligt wurde. Die politischen Gremien haben dann erst im November 2018 die entsprechenden Beschlüsse gefasst, die Verwaltung zu beauftragen. Dass seitdem von Seiten der Verwaltung augenscheinlich nichts passiert ist, ist auch der Situation zu verdanken, dass über Jahre Personal abgebaut wurde und heute fehlt. So gehen ja auch Kita- und Schulausbau, sowie der Wohnungsbau und die Verkehrswende und sogar die Klimaschutzmaßnahmen nicht schnell genug. DIE LINKE hat sich stets gegen Personalkürzungen eingesetzt und im Gegenteil schon immer die personelle Stärkung der Verwaltung gefordert. Leider sahen das die bisherigen politischen Mehrheiten im Rat meist anders. Eine Prognose, wann die Verwaltung die Beschlüsse umsetzt, wagen wir nicht zu erstellen, aber das Sportamt teilte uns auf Nachfrage mit, dass der Auftrag vergeben werde und mit Fertigstellung im Frühjahr 2021 gerechnet werde.

Frage No.8

Die Zustände am Kölnberg ändern sich seit Jahren nicht nachhaltig. Der von uns geforderte Masterplan ist bis jetzt nur eine Worthülse. Trotz Versprechungen ist hier seit der letzten Kommunalwahl nichts passiert. Auch sind nur wenige kleine Projekte aus dem Programm starke Veedel-Starkes Köln umgesetzt.

Was werden Sie konkret tun und wann, um die Zustände am Kölnberg zu ändern? Gehört dazu auch eine Strategie, dass die Stadt oder stadtnahe Investoren Eigentum im Kölnberg erwerben? Ist die Errichtung eines Sanierungsgebietes für Sie eine Option? Welche Rolle soll das Wohnungsaufsichtsgesetz spielen?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Die Verwaltung wird in meiner zweiten Amtszeit einen „Masterplan Kölnberg“ vorlegen. Dennoch ist klar, dass es einer zügigen, konzentrierten Aktion bedarf. Ich werde nicht zulassen, dass der Kölnberg zum Spekulationsobjekt wird. Für die Einrichtung eines Sanierungsgebiets sehe ich jedoch kaum Chancen. Wir werden alle Instrumente des Wohnungsaufsichtsgesetz nutzen um der Situation Herr zu werden.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Die SPD-Ratsfraktion hatte bereits in ihrem Ratsantrag „Meschenich weiter voranbringen – bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum mit Infrastruktur schaffen!“ von Juli 2018 gefordert, dass eine Strategie zur Übernahme bzw. Konzentration der kleinteiligen Eigentumsverhältnisse der Siedlung „Am Kölnberg“ durch bzw. auf ein zuverlässiges Wohnungsunternehmen zu entwickeln ist. Unser Ziel ist es, durch einen festen Ansprechpartner für die Siedlung über die im Integrierten Handlungskonzept „Starke Veedel – starkes Köln“ beschriebenen Maßnahmen hinaus weitere Verbesserungen von Wohnanlagen und -umfeld zu erreichen. Das in Frage kommende Wohnungsunternehmen muss dafür die Gewähr bieten und sich aktiv in eine soziale Quartierentwicklung einbringen. In Frage kommen z.B. die GAG, Wohnungsgenossenschaften oder das Wohnungsamt der Stadt Köln. Der Antrag der SPD-Ratsfraktion ist damals von der Mehrheit aus Oberbürgermeisterin Reker, CDU, Grünen und FDP abgelehnt worden. Selbstverständlich muss parallel von den Möglichkeiten des Wohnungsaufsichtsgesetzes konsequent Gebrauch gemacht werden.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Dringendste Aufgabe in der kommenden Wahlperiode ist, einen Masterplan für den Kölnberg und Meschenich zu verabschieden, der auch Grundlage für jegliche Siedlungserweiterung in Meschenich ist. Mit Sicherheit wollen und werden wir den Kölnberg nicht zu einem Spekulationsobjekt werden lassen. Die Errichtung eines Sanierungsgebietes erscheint uns hier ungeeignet. Das Wohnungsaufsichtsgesetz sollte am Kölnberg voll greifen.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grüne:

Zur Frage der Weiterentwicklung von Meschenich gehört selbstverständlich die Frage der Weiterentwicklung der Hochhaussiedlung Am Kölnberg. Ich habe den Eindruck, dass es nicht angemessen ist, die erreichten Veränderungen für die Lebensqualität und Entwicklungschancen der Menschen durch die Sozialraumkoordination, durch die Maßnahmen von Starke Veedel – Starkes Köln und die vielen Initiativen vor Ort als zu gering zu bezeichnen. So wurden in Meschenich alle Vorhaben von Starke Veedel – Starkes Köln umgesetzt, die die NRW Landesregierung unter anderem mit Finanzmitteln aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ausgestattet hat. Zum Teil sind diese bereits in die Verlängerung gegangen. Grundsätzlich muss meines Ermessens der Weg der sozialen Angebote und präventiven Unterstützungen mit einer engagierten Stadt im Rücken weitergegangen werden. All diese Angebote können Keimzellen eines ganzheitlichen und auch baulichen Stadtteilerneuerungsprozesses sein, für den ich mich von Herzen und im Interesse aller Meschenicherinnen und Meschenicher einsetzen werde.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Gerade im Bereich des Kölnbergs war und ist die FDP vorrangig in meiner Person nachhaltig tätig geworden. So habe ich das Angebot der Kinder der Grundschule für eine Führung über den Kölnberg und der teils dramatischen Umstände angenommen. Daher erhielt die Klasse der Grundschule Meschenich auch zu Recht den dritten Platz des WDR-Kinderrechtspreises mit dem Projekt „Spielplätze statt Schrottplätze“. Auf meine Initiative hin wurde der Bus der Stadtbibliothek in Meschenich wieder eingeführt. Auf meine weitere Initiative hin steht dieser nun zu angemessenen Zeiten in der Nähe der Grundschule. Ebenso habe ich für die Bewohner des Kölnbergs eine Initiative ins Leben gerufen, nach der dort eine mehrsprachige Aufklärungsbroschüre für U-Untersuchungen für Kinder aufgelegt und verteilt werden soll. Letztlich ist es wichtig, dass die Stadt Köln dort mehr Wohnungen erwirbt, um ein Mitspracherecht zu erhalten.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Nur durch eine ganzheitliche Betrachtungsweise und die Einbindung junger motivierter Fachkräfte, wird man langfristig die Probleme des Quartiers am Kölnberg in Meschenich lösen können. Hier kommt die Stadt offenbar nicht wirklich voran. Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb, dass im Rahmen des Kooperationsmodells zur Lösung des Fachkräftemangels, auch die Entwürfe des jungen Architekturstudenten Christian Schramm von der TH Deutz mit einbezogen werden, in denen dieser eine „sanfte Verdichtung“ in Form einer zusätzlichen, an den Ortskern von „Alt-Meschenich“ angepassten Bebauung zwischen den Hochhäusern vorgeschlagen hat. Dazu gehört auch der teilweise Rückbau einiger Hochhäuser, was aufgrund der unübersichtlichen Eigentümerstruktur nicht ganz einfach sein dürfte. Hier erkennt die Stadt zwar den dringenden Handlungsbedarf, vermeidet jedoch die zeitliche und organisatorische Konkretisierung von Lösungen, wie z.B. Maßnahmen zur Umsiedlung von Mietern durch kluges Leerstandsmanagement und Verhandlungen mit Eigentümern, um den Tausch von Eigentumsanteilen am Kölnberg auch umsetzen zu können. Obwohl der „Problembereich“ bereits seit Jahrzehnten thematisiert wird, klingen die Pläne der Stadt erstaunlich unkonkret. Der städtische Aufkauf von Wohnungen in diesem Komplex macht nur dann Sinn, wenn ein solches Gesamtkonzept entwickelt wird. Wir setzen uns dafür ein.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Wir setzen auf soziale Arbeit vor Ort. Die Eigentumsverhältnisse auf dem Kölnberg sind sehr komplex. Das trägt dazu bei, dass Sanierungen Instandsetzungen usw. nicht ausreichend umgesetzt werden. Wir fordern die Enteignung von Häusern, wenn der Besitzer seinen Pflichten nicht nachkommt. Eigentum verpflichtet – und die Erfüllung dieser Pflichten fordern wir ein. Wir fordern mehr kommunalen preiswerten Wohnungsbau. Wenn es in Köln ein umfangreiches Angebot an günstigen Wohnungen und einen entspannten Wohnungsmarkt gibt, dann werden Vermieter von Schrottimmobilen – was für den Kölnberg in Teilen zutrifft – mit der Vermietung Schwierigkeiten bekommen.

Frage No.9

Lt. Regionalplan sind für Meschenich 44ha Wohnungsbauflächen vorgesehen. Bei durchschnittlicher Planbelegung würde sich damit die Meschenicher Bevölkerung verdoppeln. Aus Gründen der fehlenden Infrastruktur, des Naturschutzes, des Kleinklimas im Ort, der betroffenen Landwirtschaft und des fehlende Masterplans für den Kölnberg sind wir gegen den Umfang der Erweiterung. Die BV Rodenkirchen ist nicht auf die Argumente eingegangen.

Wie können hier alle Belange zusammen mit Bürgerverein, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung Berücksichtigung finden? Wie ist Ihre Meinung zu den Plänen? Werden Sie für reinen Geschosswohnungsbau oder eine gemischte Bauweise zusammen mit EFH stimmen? Wie soll bei reinem Geschosswohnungsbau eine soziale Durchmischung stattfinden? Wie sollen bei den derzeitigen Verhältnissen am Kölnberg auch für höherwertigen Wohnraum Investoren und Interessenten gefunden werden?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Ich kann Ihre Sorge verstehen. Unsere Stadt wächst und sie braucht bezahlbaren Wohnraum. Soviel kann ich versprechen: In meiner zweiten Amtszeit werde ich neue Stadtteile wie Kreuzberg im Kölner Norden so planen, dass Wohnen und Arbeiten enger verzahnt werden, dass Geschosswohnungsbau, Mehrgenerationenwohnen, Senioreneinrichtungen, Schulen, geförderter Wohnungsbau, Einzelhandel, Gastronomie und eine gute Anbindung mit ÖPNV und für den Radverkehr gewährleistet wird. Zudem ist es mir ein großes Anliegen, die Anliegerinnen und Anlieger vorab einzubinden. So wie es aktuell etwa bei der Planung von Kreuzfeld geschieht. Die generelle Option im Regionalplan, in Meschenich zu bauen, befürworte ich.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Die SPD befürwortet eine Siedlungsentwicklung nördlich und westlich von Meschenich. Dies kann als Motor für eine Aufwärtsentwicklung von Meschenich dienen, insbesondere um Defizite in der Infrastruktur zu beheben. So ist es sehr wahrscheinlich, dass sich die Ansiedlung eines Lebensmittelvollversorgers und eines Drogeriemarktes in Meschenich erst lohnt, wenn genügend Einwohner*innen mit ausreichender Kaufkraft vorhanden sind. Eine in Meschenich forcierte Wohnentwicklung kann zudem einen Beitrag zur Lösung des gesamtstädtischen Wohnungsproblems in der Stadt leisten. Dabei ist selbstverständlich auf eine gute soziale Mischung zu achten. Auch das Verhältnis von Einfamilienhausbau und Geschosswohnungsbau müssen wir sehr genau prüfen. Bei der Entwicklung einer neuen Siedlung wird es jedenfalls einen hohen Anteil an Grünflächen geben. Dabei ist selbstverständlich eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung notwendig.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Der Regionalplan wird in der kommenden Wahlperiode und wahrscheinlich auch in der nachfolgenden Wahlperiode noch nicht greifen. Uns schweben grundsätzlich urbane Gebiete mit Einfamilienhaus, Geschosswohnungsbau, Mehrgenerationen Wohnen, Senioreneinrichtungen, Sozialwohnungen, Einzelhandel und Gastronomie vor. Auch wollen wir Wohnen und Arbeiten wieder enger verzahnen. Es wird zu jedem Baugebiet einen Bebauungsplan geben, in dem je nach Mehrheitsverhältnissen die Einzelheiten geregelt werden. Klar ist, ohne Masterplan für Kölnberg und Meschenich kann eine Siedlungserweiterung nicht stattfinden.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Ich sehe in der Ausweisung von Flächen im Regionalplan und der Möglichkeit einer mehrgeschossigen Bebauung nach modernen, sozialen und ökologischen Standards Chancen für eine Entzerrung der Wohnsituation am Kölnberg, für eine Entwicklung von Meschenich insgesamt. Dass Geschossbau auch hochwertig und für Investoren interessant sein kann, zeigt sich in Köln doch an allen möglichen Quartieren, etwa dem Clouth-Gelände, der autofreien Siedlung etc.. Neben der Wohnbebauung könnte hier auch die Infrastruktur Platz finden, die derzeit schmerzlich vermisst wird: ein Bürgerzentrum, weitere Sportmöglichkeiten, ein Park, Gemeinschaftsgärten, Spielplätze, eine Tagesbetreuung für Senior*innen, Kleinge-

werbe und Einzelhandel. Die Grünen haben sich eindeutig für den Geschosswohnungsbau bei Neubauvorhaben positioniert, um den Flächenverschleiß, die Versiegelung bei hohem Bedarf so gering wie möglich zu halten. In unserem Bezirks-Wahlprogramm heißt es dazu: "Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum ist nur über Geschosswohnungsbau realisierbar. Fehler, die beim Kölnberg gemacht wurden, dürfen dabei nicht wiederholt werden. Neuer Geschosswohnungsbau hat angrenzende Bebauungen maßgebend zu berücksichtigen und darf diese nicht erdrücken. Eine drei- bis sechsstöckige Bebauung sollte dabei die Regel sein."

- Herr Karl Wolters, FDP:

Um eine Überlastung des Stadtteils Meschenich zu verhindern, spricht sich die FDP gegen eine Erweiterung der Wohnbebauung aus.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Aufgrund der Bedenken von „Aktiv für Meschenich“, haben die Kölner FREIEN WÄHLER am 20.01.2020 in der BV-Rodenkirchen beantragt, die umstrittenen Flächen in Meschenich aus dem aktuellen Regionalplan zu streichen. Leider wollten die anderen Fraktionen in der Bezirksvertretung diesem Antrag nicht folgen. Ein grober Fehler, denn jetzt werden die Investoren beginnen die Flächen schnell zu verplanen. Die Fehler, die einst bei der Planung des Kölnbergs begangen wurden, dürfen sich nicht noch einmal wiederholen. Reiner Geschosswohnungsbau muss unbedingt vermieden werden. Die bauliche Fortführung des dörflichen Charakters von „Alt-Meschenich“, muss bei den anstehenden Neubauplänen unbedingt im Mittelpunkt stehen.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Wir begrüßen den Neubau in Rondorf Nordwest. Die Infrastruktur muss zeitgleich ausgebaut werden (Kita, Schule, Bahn, Nahversorgung). Wir setzen auf Geschosswohnungsbau, weil er Flächen schont und somit gut für das Klima ist. Für dieses Neubaugebiet gilt das kooperative Baulandmodell. Somit sind 30 % geförderter Wohnraum zu bauen. Das ist eine gute soziale Durchmischung.

Frage No.10

Der geschäftlichen Infrastruktur fehlt in Meschenich mindestens ein Vollversorger und ein Drogeriemarkt. Im Hinblick auf die Bevölkerungszahl, sollte eine Ansiedlung von entsprechenden Unternehmen bereits jetzt möglich sein.

Wie wollen Sie in der Zusammenarbeit mit Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Bürgervereinen eine Ansiedlung der Unternehmen erreichen?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Die Entscheidung über eine Ansiedlung liegt letztlich bei den Unternehmen selbst. Die Stadtverwaltung wird in meiner zweiten Amtszeit im Falle eines ernsthaften Interesses unterstützend agieren.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Die Ansiedlung eines Vollversorgers und eines Drogeriemarktes wird nur gelingen, wenn genügend Kaufkraft in Meschenich vorhanden ist. Dafür ist die Entwicklung von neuen Wohngebieten notwendig. Für die Hinweise der Bürgervereine habe ich jederzeit ein offenes Ohr

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

(s. Vorwort oben), Markt

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen: keine Stellungnahme

- Herr Karl Wolters, FDP:

Hierzu bedarf es eines durch die Stadtverwaltung auszuweisendes geeignetes Grundstück, das für die Ansiedlung von Ladenflächen geeignet ist. Der Rest obliegt dann dem freien Markt und dem Interesse von geeigneten Anbietern. Eine solche Vorgehensweise wird dabei von der FDP unterstützt, um entsprechende Angebote für die Bürger vor Ort vorhalten zu können.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Wir werden versuchen die Stadt zu ermuntern, im Rahmen zukünftiger Umbaupläne auch die Ansiedlung eines Vollversorgers in Meschenich voranzutreiben. Letztlich bleibt es aber eine unternehmerische Entscheidung. Die Stadt kann nur die Rahmenbedingungen attraktiver gestalten

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Fußläufige Nahversorgung ist ökologisch sinnvoll und steigert die Lebensqualität. Ein Vollversorger im Quartier rechnet sich nur, wenn die Bewohner*innen dort einkaufen und nicht zum Discounter auf die Grüne Wiese fahren. Wir fordern einen Stopp weiterer Discounter im Außenbereich, die nur mit dem PKW erreichbar sind. In diesem Sinne muss das Kölner Einzelhandel- und Zentrenkonzept weiterentwickelt werden.

Frage No.11

Die bestehende Hochspannungsleitung soll auf 360KV ausgebaut werden. Damit sind einige Bewohner des östlichen Stadtteilgebietes stark durch elektromagnetische Strahlung beeinträchtigt. Ferner soll sich die Masten- höhe verdoppeln. Die Leitungen werden so wie es ausschaut nicht benötigt, um „Naturstrom“ zu transportie- ren.

Nachdem die Arbeiten nun schon seit Monaten ruhen, wäre hier der Ansatz, eine bessere Lösung zu finden? Wie wollen Sie die Bevölkerung vor den Auswirkungen des Netzausbaus schützen?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Zuständig ist hier die Bezirksregierung, welche die Ausbaupläne nach allen gesetzlichen Bestimmungen ordnungsgemäß prüft. Ich habe Vertrauen darin, dass alle Argumente geprüft werden und alternative Trassen, wie angekündigt, ernsthaft in Betracht gezogen werden.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Ich habe Verständnis für Ihre Sorgen. Die Energiewende ist mir ein großes Anliegen. Dafür ist es notwendig, dass Strom aus den windreichen Gegenden im Norden in die bevölkerungsreichen Gegenden im Süden transportiert wird. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Gesundheit von uns, die wir dazwischen leben, dem zum Opfer fällt. Die Stadt Köln trifft hier nicht selbst die Entscheidungen, welches Kabel wo wie verlegt wird. Aber als Oberbürgermeister verstehe ich mich auch als Sprachrohr und Interessenvertreter der Menschen in unserer Stadt. Und als solcher werde ich mich bei den zuständigen Stellen für den Gesundheitsschutz von Ihnen in Meschenich stark machen.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzmeier, CDU:

Das Verfahren läuft bei der Bezirksregierung. Es werden derzeit Alternativtrassen geprüft.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Die Grünen in der Bezirksvertretung Rodenkirchen haben sich seit 2013 mit der Thematik des Ultrahochspannungs-Trassenausbau und den legitimen Anliegen der betroffenen Anlieger*innen der Trasse befasst. Der aktuelle Stand ist m.W., dass nach der Beteiligungsphase, die vorgebrachten Einwendungen erörtert werden. Erst danach wird über den Verlauf des Trassenkorridors entschieden. Es sind wohl nach wie vor zwei Trassenführungen im Gespräch. Abgesehen davon, dass es sich um Planungen handelt, die jenseits des Einflussbereichs von Bezirksvertretungen oder auch Rat liegen, muss man diese Ent- scheidungen nun erstmal abwarten.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Der Netzausbau einer Stromtrasse wird sich grundsätzlich langfristig nicht verhindern lassen. Aus eigener Erfahrung kann eine Führung der Leitungen über bewohntes Gebiet zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Daher sind die Be- lange der Anwohner ernst zu nehmen. Insoweit ist hier neben einer Führung der Leitungen über weitestgehend unbe- wohntes Gebiet neben einer unterirdischen Verlegung auch schützende Ummantelungen der Leitungen zu diskutieren.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Wir werden in den politischen Gremien auch die potenziellen Gefahren hinterfragen.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Wir brauchen neue Stromtrassen. Rücken diese aber wie in Ihrem Fall zu nahe an die Wohnbebauung, dann müssen die Kabel im Erdreich verlegt werden. Die Kosten dürfen nicht der ausschlaggebende Faktor sein. Die Kommune hat in dieser Frage leider nicht die Planungshoheit. Lediglich Stellungnahmen können abgegeben werden.

Frage No.12

An und um den Kölnberg ist die Müllsituation katastrophal. Bei einer Aktion mit 20 Personen wurden innerhalb 2h 80 Säcke Müll gesammelt.

Wie kann die Situation nachhaltig verbessert werden und was können Sie dafür tun?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Ich kenne die Situation und konnte sie in den vergangenen Jahren mehrfach selbst erleben. Die AWB ist am Kölnberg stark präsent. Die Angewohnheit einiger Bewohnerinnen und Bewohner, ihren Müll über das Fenster zu entsorgen werde ich in Zukunft nicht weiter akzeptieren und das Ordnungsamt noch schärfer ermitteln lassen. Leider heften die Bewohnerinnen und Bewohner keine Visitenkarten an den Müll. Die Nachverfolgung ist daher schwierig.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Es ärgert mich, dass vielen Stellen in Köln in der Wahrnehmung der Menschen immer mehr vermüllen und verwahrlosen. Und für den Kölnberg gilt das ja besonders exemplarisch. Schnell stellt sich dann das Gefühl ein: „Keiner kümmert sich darum, also muss auch ich mich damit abfinden.“ Ich will mich damit nicht abfinden! Ich werde den Ordnungsdienst vor Ort aufstocken und dafür sorgen, dass regelmäßig sauber gemacht und wilder Müll entsorgt wird. Dadurch werden auch vor Ort die Menschen gestärkt, die sich mit der Situation nicht abfinden wollen. Sie müssen unsere Verbündeten sein für ein lebenswertes Veedel! Eine konkrete Maßnahme wäre auch, das Projekt „Hallo Nachbar!“, mit dem sich in Mülheim die Sauberkeit, das Verhalten der Menschen und auch ihr Wohlbefinden spürbar und messbar zum Positiven entwickelt hat, auch am Kölnberg durchzuführen. Dafür will ich mich gerne stark machen.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Bei dieser Aktion war unsere Ratsfrau und Ratskandidatin Monika Roß-Belkner mit dabei. Bürger machen Ihre Stadt!

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Ich habe großes Verständnis dafür, dass Menschen, die sich in ihrem Veedel, vor Ort schon lange gegen die Vermüllung engagieren, irgendwann auch an Grenzen stoßen und müde werden. Mit dem Thema Vermüllung oder Littering kämpfen alle Kommunen weltweit seit vielen Jahren, nicht nur in sogenannten sozialen Brennpunkten, sondern in Köln aktuell etwa auch an der Rodenkirchener Riviera oder in Meschenich entlang der Durchfahrtstraßen. Erfolge sind weltweit überschaubar. Ein Problem in diesem Kontext ist natürlich die Nichtachtung von Regeln und Gesetzen. In erster Linie ist aber das Problem der Müll selber, "Wegwerfprodukte" ohne Ende. Erfolgreiche Anti-Littering-Maßnahmen orientieren sich an der gesamten Situation am jeweiligen Ort und umfassen Kommunikationsstrategien, das regelmäßige Entfernen des Mülls und die Ahndung von Verstößen. Diese Maßnahmen haben sich nur dann als erfolgreich erwiesen, wenn sie nachhaltig betrieben werden und die Bürger*innen über einen längeren Zeitraum erreichen. Eine zentrale Voraussetzung für jeden Erfolg ist es, dass sich Menschen dem Ort verbunden fühlen. Projekte wie etwa das der "Affenkasse" der Grundschule IM Süden und der Sozialraumkoordination, die für ihr "Recht auf Spiel" erfolgreich kämpfen, stärken die positive Identifikation mit dem Ort. Eine Strategie, die die vielen Ursachen für Vermüllung erfasst, für den Bezirk oder auch für Köln, angepasst an die jeweilige Situation (Durchfahrtstraßen, Kölnberg, Jugendtreffs, Feierzonen und wilder Müll im Naturschutzgebiet,...) zu entwickeln, halte ich für eine lohnenswerte Aufgabe für eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der verschiedenen beteiligten Instanzen.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Hier ist jeder einzelne Bürger und Bewohner des Kölnbergs im Rahmen seiner Eigenverantwortung gefragt, seinen Müll richtig zu entsorgen. Festgestellte „Müllferkel“ müssen mit Bußgeldern belegt werden.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Wir brauchen eine „Task-Force“ gegen die Müllkriminalität am Kölnberg. Das Ausschlachten elektronischer Geräte, sowie die illegale Entsorgung von Sperrmüll am Straßenrand, wird in Meschenich wahrscheinlich bandenmässig organisiert. Sogenannte Mülldetektive werden heute seitens der Stadt nur noch präventiv in Schulen eingesetzt. Wir fordern stattdessen eine massive Aufstockung der Kölner Ordnungshüter und der Polizei, damit diese zusammen mit den Mülldetektiven die Täter auf frischer Tat ertappen, und saftige Ordnungsgelder verhängt werden.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Dort wo viele Menschen mit wenig Geld und wenig Einfluss leben, wird der öffentliche Raum oft nur unzureichend gepflegt. Grünflächenamt und AWB müssen rund um den Kölnberg öfter sauber machen.

Frage No.13

Seit Jahren benötigt Meschenich ein Bürgerzentrum mit Versammlungsmöglichkeit. Gerne hat die Stadt unsere Vorschläge und den Input zu einer Machbarkeitsstudie genommen. Danach sind wir nicht mehr eingebunden worden, obschon es Termine vor Ort gab. Im Ergebnis hat sich seit der letzten Kommunalwahl nichts getan.

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Meschenich den dringend benötigten zentralen Ort zur Versammlung und sinnvoller Betätigung für alle Vereine im Sinne eines Bürgerzentrums erhält? Welchen zeitlichen Rahmen sehen Sie? Warum wird afM nicht eingebunden?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos

Die Errichtung einer Bürgerbegegnungsstätte in Meschenich ist ein integraler Bestandteil des Förderprogramms „Starke Veedel – Starkes Köln“. Die Stadt favorisiert die Alte Dorfschule in unmittelbarer Nachbarschaft zum Jugendzentrum. In der Haushaltsplanung 2022 sind für das Projekt 3 Millionen Euro eingeräumt. In meiner zweiten Amtszeit werde ich die Bürgervereine zudem besser einbinden und nehme ihre Kritik an.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Bürgerzentren und Bürgerhäuser sind Orte des Austauschs und wichtige Anlaufstellen im Veedel. Sie bieten dem Veedel bezahlbare und attraktive Räume für Engagement von den Menschen vor Ort für die Menschen vor Ort. Daher begrüße ich die Initiative, gerade auch in Meschenich ein neues Bürgerzentrum anzusiedeln. Als Oberbürgermeister werde ich dazu alle relevanten Akteure vor Ort – also auch die Bürgervereine wie aktiv für Meschenich an einen Tisch holen, um gemeinsame Lösungen zu finden. Wichtig ist mir dabei jedoch, dass es nicht bei unverbindlichen Gesprächen bleibt, sondern konkrete Maßnahmen daraus folgen. Die Zeit der runden Tische ohne Konsequenzen in unserer Stadt muss ein Ende haben.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Derzeit favorisiert man eine Lösung um die alte Schule, das Jugendzentrum und die evangelische Kirche. In der kommenden Wahlperiode sollten wir hier bedeutend weiterkommen. Dafür werden wir uns massiv stark machen. Die Bürgervereine sollten eingebunden werden.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Die Forderung nach Einrichtung eines Bürgerzentrums in Meschenich als Ort der Begegnung und der Integration werde ich uneingeschränkt unterstützen. Allerdings fehlt ein Bürgerzentrum nicht nur in Meschenich, sondern etwa auch in Rodenkirchen.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Meschenich benötigt dringend eine Begegnungsstätte für seine Bewohner. Die Einbindung der Vereine vor Ort für die Suche eines geeigneten Grundstücks wird seitens der FDP unterstützt.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Das werden wir sehr gerne nach der Kommunalwahl aufgreifen. Die fehlende Einbindung von afM erschließt sich uns nicht.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Jedes Veedel braucht einen öffentlichen, nicht kommerziellen Treffpunkt. DIE LINKE möchte, dass benachteiligte Stadtteile bevorzugt aufgewertet werden, was die Verminderung von Umweltbelastungen, mehr öffentliches Grün, aber auch mehr Infrastruktur wie Jugendeinrichtungen und öffentliche Treffpunkte angeht. Deswegen würde Meschenich auf unserer Prioritätenliste weit oben stehen.

Frage No.14

Pro Jahrgang entwachsen in Meschenich zwischen 75 und 100 Kinder dem Grundschulalter. Im Hinblick auf die Neubaupläne werden es tendenziell mehr Kinder. Derzeit müssen alle Kinder mindestens eine halbe Stunde Fahrzeit zu einer Gesamtschule in Kauf nehmen, meistens jedoch länger. Im Hinblick auf die Weiterempfehlungsquote macht nur eine Gesamtschule in der Nähe Sinn.

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass ortsnah zu Meschenich, Rondorf und Immendorf eine Gesamtschule entsteht? Welchen zeitlichen Rahmen geben Sie der Realisierung?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Ich war wie die Verwaltungsvorlage für eine Gesamtschule und habe im Rat dafür gestimmt. Der Rat letztlich hat anders entschieden.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Die SPD setzt sich seit mehr als zwei Jahren für den Neubau einer Gesamtschule als weiterführende Schule im Einzugsgebiet Meschenich, Rondorf und Immendorf ein, zuletzt erst mit einem Änderungsantrag zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung im Schulausschuss am 25.05.2020, der mehrheitlich abgelehnt wurde. Die Gesamtschule für Rondorf hatte die Schulverwaltung Ende 2018 zunächst sogar selbst vorgeschlagen. Leider haben sich bei der Diskussion über die richtige Schulform im Dezember 2018 CDU und Grüne im Rat mit der Stimme der Oberbürgermeisterin Reker mit ihrer Idee für ein kleines, feines Gymnasium durchgesetzt. Und das, obwohl das Interesse an einem integrierten Schulsystem, wie es eine Gesamtschule bietet, in der Bürgerschaft, bei den benachbarten Schulen, der Elternschaft und in der Bezirksvertretung sehr groß ist. Inzwischen hat eine Online-Interessensvertretung bereits mehr als 1.000 Stimmen für eine Gesamtschule in Rondorf gesammelt. Diese Aktion wird von der SPD sehr unterstützt. Wir sind überzeugt, dass eine Gesamtschule dem großen Einzugsbereich besser gerecht wird als ein kleines Gymnasium mit drei Zügen in der Sekundarstufe I und fünf Zügen in der Sekundarstufe II. Wir sind überzeugt, dass deutlich mehr neue Gesamtschulen entstehen müssen. Die starke Nachfrage der Eltern zeigt sich Jahr für Jahr darin, dass regelmäßig mehr als 900 Kinder bei ihrem Wechsel auf die weiterführende Schule von den Gesamtschulen abgelehnt werden müssen. Für eine Gesamtschule in Rondorf ist es noch nicht zu spät! – Bei einem Wechsel der Mehrheiten im Rat kann die Verwaltung jetzt noch mit der Planung einer Gesamtschule beauftragt werden.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Ihre Frage impliziert, dass sämtliche Meschenicher Schüler, die dem Grundschulalter entwachsen, eine Gesamtschule besuchen. Die ist mit nichten so. Einige Schüler wechseln auf eine Hauptschule, andere auf die Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule. Viele Schüler haben Migrationshintergrund und ziehen auch häufig weg. Der Schulentwicklungsplan (SEP) sieht für den Bereich Meschenich, Immendorf, Godorf keine weiterführende Schule vor, zumal in Godorf eine Realschule ist. Das geben die Schülerzahlen nicht her. Wir haben im Stadtbezirk Rodenkirchen ein breit gefächertes Schulangebot mit Grund- und Förderschulen, Realschule, Berufskolleg, 2 städtischen Gesamtschulen, einer privaten Gesamtschule (OSK), einem Gymnasium und einer englisch sprachigen Schule. So kann jedem Kind ortsnah die richtige Schulform angeboten werden. Es fehlt im Stadtbezirk in der Tat eine Hauptschule. Hier sind die Wege am weitesten.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Die angesprochenen Fragen der Bildungspolitik und der Kinder- und Jugendarbeit berühren unser aller Zukunft. Den im Rat beschlossenen Neubau eines Gymnasiums in Rondorf möchten wir zur erneuten Abstimmung bringen, da im Kölner Süden akuter Bedarf an Gesamtschulen besteht. Es gibt dazu im Bezirk einen breiten politischen Konsens. Für das jüngste Veedel im Stadtbezirk Rodenkirchen, für Meschenich und für alle Meschenicher Kinder und Jugendlichen ist das Angebot einer offenen und flexiblen Schulform in erreichbarer Nähe immens wichtig. Ebenso wichtig ist vor diesem Hintergrund aber auch der Ausbau des Ganztagsbereichs der Grundschule Schule IM Süden, den die Grünen in ihr Bezirks-Wahlprogramm aufgenommen haben.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Als Bezirksvertreter habe ich mich in der vergangenen Legislaturperiode stets für den Bau einer Gesamtschule in Rondorf ausgesprochen. Diese Haltung halte ich aufrecht und möchte, dass die dem entgegenstehende Entscheidung des Stadtrates nochmalig zur Diskussion gestellt wird.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Die Schließung der Hauptschule in Rodenkirchen ist ein großer Fehler. Wir FREIEN WÄHLER fordern eine Kooperation mit der Hauptschule in Wesseling, damit jene Kinder mit einer Hauptschulempfehlung aus Meschenich, relativ bezirksnah beschult werden können. Die Forderung nach einer Gesamtschule in Meschenich erachten wir als die beste Lösung, denn Rondorf wäre auch nur relativ umständlich mit dem Bus zu erreichen. Die Debatte über die richtige Schulform in Rondorf, erachten wir als völlig überflüssig. Denn sowohl für eine neue Gesamtschule als auch für ein neues Gymnasium gibt es großen Bedarf.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Wir unterstützen die Forderung nach einer Gesamtschule im Neubaugebiet Rondorf Nordwest. Die Bezirksvertretung Rodenkirchen, der Runde Tisch der Schulen und - nach heutigem Stand - über 1000 Bürger*innen in der Petition der Bürgerinitiative Gesamtschule Rondorf fordern dies. Wir unterstützen den großen öffentlichen Druck. Der Rat kann, bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen, gleich nach der Wahl beschließen, dass die Gesamtschule Rondorf in einem Übergangsgebäude innerhalb von drei Jahren an den Start geht und bis 2025 gebaut wird.

Frage No.15

Nach der Verlängerung der Sperrbezirksverordnung finden nach wie vor Verstöße dagegen statt.

Was können Sie dafür tun, dass diese Rechtsverstöße stärker sanktioniert werden und welche Lösungsmöglichkeiten auch wegen der damit verbundenen Drogenproblematik sehen Sie überhaupt für die betroffenen Frauen?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Meine Informationen bestätigen Ihren geschilderten Eindruck nicht. Eine stärkere Sanktionierung macht aus meiner Sicht ebenfalls wenig Sinn. Ich sage Ihnen jedoch zu, dass ich Polizei und Ordnungsamt, die die Einhaltung der Sperrbezirksverordnung gemeinsam überwachen, um verstärkte Kontrollen in meiner zweiten Amtszeit bitten bzw. anweisen werde.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Um Verstöße gegen die Sperrbezirksverordnung zu verhindern, brauchen wir eine funktionierende Ordnungspartnerschaft zwischen Polizei und Ordnungsdienst. Die jüngsten Maßnahmen der Stadt Köln, den Ordnungsdienst im Kölner Westen zu zentralisieren, und des CDU-Innenministers, die Polizei aus den Veedeln abzuziehen, führen leider genau in die falsche Richtung. Als Polizeibeamter weiß ich, dass solche Aktionen nur erfolgreich sein können, wenn die eingesetzten Beamtinnen und Beamten sich im Veedel auskennen, wissen, mit wem sie sprechen müssen, und ein Gefühl für die Menschen vor Ort haben. Neben der ordnungsrechtlichen Seite müssen wir aber auch die Prävention und den Gesundheitsschutz stärken. In den letzten Jahren wurde gerade im Bereich der Drogenproblematik immer viel zu stark nur auf die Innenstadt und dort auf den Neumarkt geschaut. Als Oberbürgermeister ist es mir wichtig, die ganze Stadt im Blick zu haben.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Pauschale Aussage! Können Sie diese belegen? Genauso wie es z.B. im Verkehr immer wieder Verstöße gibt, gibt es diese auch hier. Die beteiligten Organisationen signalisieren uns, dass sich die Situation sehr gebessert hat und die Lage unter Kontrolle ist.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Mit der Problematik habe ich mich bislang nicht beschäftigt, werde mich jedoch einarbeiten, wenn ich in BV oder Rat tätig sein werde. Dennoch ist meines Wissens der Erkenntnisstand heute, dass es bei Drogenproblematiken und damit verbundenen Themen keine einfachen Lösungen gibt, sondern nur die beharrliche Bereitschaft von Kommunen suchtkranken Menschen solidarisch und unterstützend zur Seite zu stehen. Abseits der Drogenproblematik sollte m. E. bei Überlegungen ein weiteres Frauenhaus in Köln zu installieren der Sozialraum Meschenich-Rondorf mitbedacht werden.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Verstöße gegen die Sperrbezirksverordnung sind ärgerlich und unzumutbar. Sie lassen sich jedoch nicht verhindern. Daher gilt auch hier, dass bekannte Verstöße geahndet werden müssen. Hierfür ist die Polizei auch auf Anzeigen Dritter angewiesen.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Wir fordern mehr Sozialarbeiter vor Ort. Auch die Aufstellung von mobilen Büro-Containern, wie sie andernorts eingesetzt werden, um den betroffenen Prostituierten kompetente städtische Ansprechpartner zur Seite zu stellen, wäre ein denkbarer Ansatz. Daneben müssen polizeiliche Kontrollen und Einsätze des Ordnungsamtes häufiger durchgeführt werden.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Die Frauen, die sich in Meschenich aufgrund ihrer Drogensucht prostituieren, müssen engmaschig sozialarbeiterisch betreut werden. Nur so sind Verstöße gegen die Sperrbezirksverordnung nachhaltig zu vermeiden und Konflikte mit den berechtigten Interessen der Anwohner*innen können gelöst werden. Repressive Maßnahmen lehnen wir ab. Sie führen nur dazu, dass die Szene verdrängt wird und woanders auftaucht, wo sie aber viel schwerer zu erreichen und auch zu kontrollieren sein wird. Das löst das Problem letztlich nicht.

Frage No.16

Nach und von Brühl gibt es abends und am Wochenende ab Sa 13:00 keine Verbindung mit ÖPNV. Um den mIV zu reduzieren und Bewohnern ohne Führerschein diese Verbindung zu ermöglichen, ist hier dringender Handlungsbedarf gegeben.

Bis zu welchem Zeitpunkt wollen Sie für eine durchgängige Verbindung sorgen?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Ich werde mich bei der hier zuständigen Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft (REVG) in meiner zweiten Amtszeit für eine Erhöhung des Takts der Buslinie 935 von Hürth über Meschenich nach Brühl Mitte einsetzen. Dies betrifft auch Samstage sowie Sonn- und Feiertage

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Mein Ziel ist es, Bus und Bahn deutlich auszubauen. Das bedeutet für Meschenich, dass bei einer Verlängerung der Stadtbahn bis Meschenich-Süd nicht Schluss sein darf, sondern ich mich für eine Weiterführung der Bahn bis nach Brühl einsetzen werde. Bis das realisiert ist, brauchen wir einen attraktiven und regelmäßigen Busverkehr. Es ist für eine Metropole wie Köln kein Zustand, dass Bus und Bahn abends oder am Wochenende nicht genutzt werden können.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

(s. Vorwort oben) Nachbargemeinde, Finanzen. Auf Initiative der CDU-Fraktion wurde bereits am 17.02.2020 mit einstimmigem Beschluss der BV die Rhein-Erft Verkehrsgesellschaft (REVG) in Kerpen gebeten, eine Erhöhung der Taktung der Buslinie L 935 Hermülheim (Stadtbahn) —> Meschenich —> Brühl Mitte (Stadtbahn) auch an Samstag Nachmittagen und an Sonntagen zu prüfen.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen: siehe Antwort auf Frage 1

Für Meschenich ist Brühl ein ebenso wichtiges Fahrziel wie die Innenstadt. Wir wollen auch mit der besseren Anbindung nicht warten bis ein so komplexes Vorhaben wie die Nord-Südbahn realisiert ist, sondern zwischenzeitlich andere Maßnahmen ergreifen. Neben der Anbindung nach Süden sagen wir in unserem Wahlprogramm auch zu, uns für eine Anbindung über schnelle Trassen Richtung Zollstock einzusetzen: " Um den Stadtteil Meschenich besser anzubinden, setzen wir uns für eine neue ganztägige Busverbindung über den Bahnhof Hürth-Kalscheuren und Zollstock (Zollstockbad und Gesamtschule Zollstock), in die Innenstadt ein".

- Herr Karl Wolters, FDP:

Die ÖPNV Verbindung von und nach Meschenich ist dringend zu verbessern und muss zügig angegangen werden. Daher spricht sich die FDP auch folgerichtig für die Verlängerung der Nord-Süd-Stadtbahn bis Meschenich Süd aus.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Wir fordern eine Ausweitung des ÖPNV über die Stadtgrenzen hinaus. Hier gilt es Fördermittel des Regionalrats mit einzubeziehen.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Es ist nicht möglich ein Datum zu nennen. Wir sichern Ihnen zu, dass bei der nächsten Fortschreibung des Fahrplans das Thema von uns angesprochen wird. Es muss aber auch der Rhein-Erft-Kreis überzeugt werden. Wir werden unsere Kolleg*innen im Nachbarkreis darauf ansprechen.

Frage No.17

Immer wieder kommt es auf städtischen Spielplätzen in Meschenich zu Drogenmissbrauch und Ruhestörungen nach 22:00. Städtische Streetworker sind nach Dienstschluss nicht zu erreichen und erklären sich für nicht zuständig. Ordnungsamt und Polizei brauchen zu lange bis zum Eintreffen.

Wie wollen Sie die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sicherstellen?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos

Ich werde mich bei der Polizei NRW für verstärkte Kontrollen einsetzen. Siehe Antwort 4. Bei solchen Fragen ist sicherlich der Dialog der verschiedenen Akteure von entscheidender Bedeutung. Ich kann daher nur für die Fortführung der Runden Tische mit den Streetworkern der Stadt, Bürgerinnen und Bürgern, sowie weiteren Akteuren plädieren.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Die Einsatzkräfte von Stadtverwaltung und Polizei müssen sich bewusst werden, dass in Meschenich ein noch breiter aufgestelltes Paket an präventiven und repressiven Maßnahmen erforderlich sein wird, um auf den öffentlichen Plätzen und Spielanlagen eine friedlichere Atmosphäre einkehren zu lassen. Allein mit Vertreibung durch den Ordnungsdienst lässt sich die Ursache der bestehenden Missstände in der Siedlung „Am Kölnberg“, die sich auf die städtischen Spielflächen ausbreitet, nicht beheben. Die SPD hat im Juli 2018 eine umfassende Initiative in den Rat eingebracht und Vorschläge für die Verbesserung des Wohnumfeldes, für die Ansiedlung von Einzelhandel, für mehr Streetworker, Begegnungsstätten und Beratungszentren gemacht. Hintergrund war auch damals schon, dass die Angebote für die unter sozialen Problemen leidenden Anwohner der Siedlung – u.a. auch eine Vielzahl von drogenkranken Menschen – bei weitem nicht ausreichen. Leider hat sich auch hier die SPD gegen das Ratsbündnis mit der Stimme der Oberbürgermeisterin nicht durchsetzen können. Ergebnis ist: Aufwertung und Gesundung des Stadtteils kommen nicht voran! Auch dies ein Beispiel für die Stillstands- und Klientelpolitik der amtierenden Oberbürgermeisterin, die sich lieber in Rondorf für die Sportanlagen der dort ansässigen Privatschule stark macht.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

(s. Vorwort oben) ggfs. ist die Arbeitszeitordnung der Streetworker zu überprüfen.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Die Städtischen Streetworker sind tatsächlich nicht für das Unterbinden von Ruhestörungen auf den Spielplätzen zuständig. Hier müssen Ordnungsamt und / oder Polizei eingeschaltet werden.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen lässt sich nur durch soziale Kontrollen verbessern. Denkbar wäre dies beispielsweise durch die Übernahme von Spielplatzpatenschaften durch Vereine oder beispielsweise durch den afM e.V.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Wir fordern die Wiedereinführung des sogenannten „Dorfpolizisten“, der sein Veedel kennt und viele Jahre dort eingesetzt wird. Er muss den „Streetworkern“ zur Seite gestellt werden, die ebenfalls über einen längeren Zeitraum im Bezirk eingesetzt werden sollten.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Drogenkonsum hat auf Spielplätzen nichts verloren. Für abhängige Personen müssen geschützte Räume zur Verfügung gestellt werden, in denen sie ihrem Drogenkonsum nachgehen können.

Frage No.18

Bei einem runden Tisch mit Vertretern der Streetworker Kölns, Jugz Meschenich, Jugendlichen aus Meschenich sowie Bürgern wurde im Mai 2019 kurzfristig der Bau einer Jugendschutzhütte außerhalb des Wohngebietes zugesagt. Umsetzung steht noch aus!

Wann werden die städtischen Versprechungen eingelöst, nahe dem Bolzplatz Zaunhofstr. die Jugendschutzhütte zu bauen?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Hier benötige ich mehr Hintergrundinformationen über das Gespräch mit dem Kollegen.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Das ist leider sinnbildlich für eine Stadtspitze, die sich von rundem Tisch zu rundem Tisch hangelt, ohne jedoch dabei konkrete Ergebnisse zu erreichen. Und wenn es Ergebnisse gibt, werden diese anschließend nicht umgesetzt. Darunter leidet nicht nur Meschenich, das wird mir in der ganzen Stadt bei meinen vielen Streifengängen berichtet. Damit muss Schluss sein. Als Oberbürgermeister werde ich dafür sorgen, dass jedes Gespräch ein konkretes Ergebnis hat und dies dann auch umgesetzt wird. Das ist die Stadtverwaltung den Kölnerinnen und Kölnern schuldig.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Diesen Vorgang kennen wir nicht; wer war alles bei dem Gespräch dabei, vor allem Verwaltungsseitig?

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Eine Jugendschutzhütte kann helfen, Jugendlichen eigene Freiräume zu geben, die sie brauchen und die in Zeiten von Corona noch stärker reduziert sind. Ich werde gerne zeitnah nachfragen, was die Umsetzung aufhält, denn der Platz und die Hütte sind ja bereits ausgesucht.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Die Umsetzung ist jetzt anzugehen. Eine Finanzierung durch betriebsorientierte Mittel ist zu prüfen.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Gerne werden wir diesbezüglich in den kommenden Monaten aktiv.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Auch, was die Jugendschutzhütte angeht, würde Meschenich auf unserer Prioritätenliste weit oben stehen. Siehe dazu unsere Antwort auf Frage 13. Außerdem möchten wir die Gebäudewirtschaft mit mehr Personal stärken, damit die Stadt mehr und schneller bauen kann.

Frage No.19

Der Baggersee zwischen Immendorf und Meschenich ist mit PFT verseucht. Seit einiger Zeit hört man nichts mehr darüber.

Wie lange dauert die Auskiesung noch an? Ist die Reinigung des Seewassers so bemessen, dass nach dem Ende der Auskiesung auch die PFT-Belastung soweit gesunken ist, dass eine Naherholungsnutzung des Sees möglich ist? Wenn nein, warum werden nicht größere Anstrengungen unternommen und wie werden Sie sich dafür einsetzen?

Antwort von:

- Oberbürgermeisterin Frau Henriette Reker, Parteilos:

Das Grundwasser in Rondorf/Immendorf ist, wie Sie korrekt schreiben, PFC-belastet. Am 5. Mai hat die Stadtverwaltung die Allgemeinverfügung erlassen, die die Verwendung von Grundwasser aus privaten Brunnen und aus Oberflächengewässern untersagt. Die Bezirksregierung nimmt eine Auskiesung vor, sie ist die zuständige Behörde. Ein Datum, wann die Belastung ein Ende findet, kann ich Ihnen nach Rücksprache mit Fachleuten nicht nennen.

- Herr Andreas Kossiski, SPD:

Eine Nutzung des Baggersees für die Menschen aus Meschenich und Immendorf ist eine charmante Idee. Das würde unmittelbar zu einer Steigerung der Lebensqualität beitragen. Bei allen Wunschvorstellungen gehört aber natürlich dazu, dass es auch machbar ist und von einer Nutzung keine gesundheitliche Gefahr ausgeht. Anscheinend ist es nicht möglich, den See so zu reinigen, dass man die Belastung unmittelbar abstellt, und es wäre unseriös, dahingehend Hoffnungen zu wecken. Die Reinigungsmaßnahmen können den Reinigungsprozess durch das sich bewegende Grundwasser immer nur unterstützen. Daher ist es auch nicht möglich, heute ein konkretes Datum zu nennen, ab wann man ohne gesundheitliche Gefahren im See schwimmen können. Es sind aber gerade solche Visionen und Projekte, die unsere Veedel konkret lebenswerter machen. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, den natürlichen Abbauprozess dort, wo es möglich ist, zu unterstützen, damit der Traum von der Meschenicher Riviera – wenn auch nicht in der nächsten Amtsperiode – aber dennoch möglichst bald Realität wird.

- Herr Mike Homann, SPD: Antwort lag bis Abgabetermin, 20.08.2020 nicht vor.

- Frau Monika Ross-Belkner und Herr Peter Heinzlmeier, CDU:

Auskiesungsgebiete sind Angelegenheit der Bezirksregierung; in der kommenden und wahrscheinlich auch nachfolgenden Wahlperiode werden die Auskiesungen nicht beendet. Laut Fachleuten wird die PFT-Belastung noch viele Jahre, ja Jahrzehnte vorhanden sein. Sanierungsmaßnahmen sind mit der Bezirksregierung abgestimmt.

- Frau Dr. Traude Castor-Cursiefen, Bündnis 90 Die Grünen:

Bei allen Fragen, die eindeutig jenseits des direkten Entscheidungs- und Einflussbereichs von Bezirksvertretungen oder auch Rat liegen, wie beispielsweise auch die Umweltverschmutzungen durch die Petrochemie oder die geplante Rheinspange werden gerade die Grünen nicht müde, sich einzumischen und gemeinsam mit bürgerschaftlichen Initiativen und über die Abgeordneten in Landtag und Bundestag die Interessen der Menschen vor Ort zu artikulieren. „Wir kämpfen dafür, dass die Sanierung von Schäden an Umwelt und Natur, wie z. B. die PFT-Verseuchung durch Löschschaum und der Kerosinsee durch Leckage in Shell-Leitungen im Kölner Süden, nach dem Verursacherprinzip konsequent und so rasch wie möglich umgesetzt wird“, heißt es dazu in unserem Wahlprogramm. Im Zusammenhang mit den jüngsten Schadensvorfällen sammeln die Grünen aktuell im Bezirk Unterschriften für eine Petition an die Leitung der SHELL-Rheinlandraffinerie. Was die Auskiesung anbelangt, gibt es meines Wissens Verträge bis 2031. Ob die unternommenen Maßnahmen bis dahin zu einer Sanierung des Sees führen, so dass eine Freizeitnutzung möglich ist, kann ich nicht beurteilen. Die Gewässer sind darüber hinaus auch stark mit Zekarien belastet. Jede zukünftige Freizeitnutzung muss in Übereinstimmung mit dem Schutz der besonderen Tier- und Pflanzenwelt dort geplant werden. Das ganze Gebiet mit all seinen Naturschätzen und Potentialen auch für die Menschen, die hier leben, verdient eine ganzheitliche Betrachtung.

- Herr Karl Wolters, FDP:

Auf eine aktuelle Anfrage der FDP-Fraktion in der Bezirksvertretung Rodenkirchen hat die Verwaltung mitgeteilt, dass diese Problematik der Belastung mit PFT noch Jahre andauern wird.

- Herr Torsten Ilg, Freie Wähler Köln:

Dieses Problem hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, welches den Einfluss der Bezirksvertretung bei weitem übersteigt. Wir werden im Rat darauf pochen ein unabhängiges Gutachten in Auftrag zu geben, welches sich mit den Gefahren und möglichen Problemlösungen beschäftigt. Wir fordern volle Transparenz und Aufklärung der Bevölkerung.

- Herr Gernot Schubert, Die Linke:

Wir werden noch dieses Jahr in den zuständigen Ausschüssen nachfragen zu den möglichen Folgen der Belastung, zur Sanierung des Gewässers, zur geplanten Verwendung der betroffenen Gebiete, sowie zum Verschulden, in Verbindung mit einer ggf. möglichen Verschuldenshaftung. Im Hinblick auf die weitere Verwendung der betroffenen Gebiete werden wir uns dann im Anschluss an die Beantwortung der Anfrage(n) positionieren.
